



## BRIEF AUS BERLIN – NR. 08/2017

### Inhalt

#### Vorwort

- |   |  |
|---|--|
| + Fachgespräch zu Erasmus+                    | + Kitausbau – Investitionen in die Zukunft       |
| + Fachgespräch und Ausstellungseröffnung      | + Armuts- und Reichtumsbericht                   |
| + Abend der Berufsbildungswerke               | + Datenschutzanpassungsgesetz                    |
| + Wirtschafts juniorin zu Besuch im Bundestag | + Fluggastdatengesetz                            |
| + Regierungserklärung Brexit                  | + Schutz vor schädlicher ionisierender Strahlung |
| + Änderung des Kriminalamtsgesetzes           | + Verschleierungsverbot für Beamte               |
| + Mehr Rechte von Vollstreckungsbeamten       | + Pressemitteilungen                             |
| + Maßregelvollzug extremistische Straftäter   | + Termine  |

### Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

die erste Runde der Präsidentschaftswahlen in Frankreich stimmt vorsichtig optimistisch, dass die Gegner des vereinten Europas im Mai eine Niederlage erleiden werden. Ein Sieg Emmanuel Macrons im zweiten, entscheidenden Wahlgang wäre eine gute Nachricht für Europa. Denn der, nicht nur von Rechtspopulistin Marine Le Pen propagierte, nationale Egoismus ist eine immense Bedrohung für Frieden und Wohlstand auf unserem Kontinent. Deshalb werden wir uns auch weiterhin gegen eine Spaltung Europas stemmen. Damit dies gelingt, müssen die EU-Staaten gemeinsam dringende Herausforderungen wie die Jugendarbeitslosigkeit oder den Kampf gegen den Terror erfolgreich anpacken. Gleichzeitig muss ein Weg zur Fortentwicklung der EU gefunden werden. Dies gilt insbesondere auch für die Verhandlungen zum Austritt Großbritanniens. Nur wenn die verbleibenden 27 Mitgliedstaaten auch hier geschlossen agieren, bleiben die Interessen der Europäerinnen und Europäer gewahrt.

Europäische Bildungszusammenarbeit und der Austausch über Grenzen hinweg stand diese Woche auch im Mittelpunkt meiner parlamentarischen Arbeit. Als Berichterstatter für das europäische Austauschprogramm Erasmus+ habe ich gespannt den Ausführungen der geladenen Expertinnen und Experten im Ausschussfachgespräch verfolgt. Das Austauschprogramm läuft grundsätzlich sehr gut. Wir wollen aber Verbesserungen für mehr länderübergreifenden Austausch der Europäerinnen und Europäer.

In dieser Woche begleitete mich die junge Unternehmerin Esther Stehning aus Limburg im Rahmen der jährlichen Wirtschaftsjuvenenwoche auf Termine und in Gremiensitzungen. So auch zur Ausschusssitzung und der dazu gehörigen Eröffnung der Ausstellung „Meer der Erkenntnis“ zur deutschen Meeresforschung. Die Arbeitsgemeinschaft der Berufsbildungswerke lud zum Parlamentarischen Abend, um für Unterstützung für junge Menschen mit Lernbehinderungen, die einen Berufsabschluss anstreben, zu werben. Ihr Anliegen finde ich wichtig für Teilhabe und selbstbestimmtes Leben.

Die Beschlüsse im Plenum dieser Woche wurden u. a. unter anderem zu Themen aus der Innenpolitik, der Familien- und Sozialpolitik sowie aus den Bereichen Telekommunikation und Datenschutz gefasst.

Ich wünsche Ihnen und Euch ein schönes Wochenende und eine angenehme Lektüre!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Martin Rabanus', with a stylized flourish at the end.

Martin Rabanus, MdB

## Fachgespräch zu Erasmus+: EU-Bildungsprogramm stärken – von und mit Europa lernen!



Als Berichterstatter für das bekannteste und erfolgreichste EU-Bildungsprogramm Erasmus+ liegt mir die Verbesserung dessen sehr am Herzen. So entstand auf meine Initiative hin ein [Koalitionsantrag](#), dem nun diese Woche ein Fachgespräch mit Sachverständigen der EU-Kommission, der Nationalen Agenturen und Experten aus dem Jugend- und Hochschulbereich des Ausschusses für Bildung und Forschung folgte. In dem Fachgespräch wurde deutlich: Erasmus+ ist eine Erfolgsgeschichte. Das bekannteste EU-Bildungsprogramm muss daher – auch vor dem Hintergrund der anhaltenden Europa-Skepsis – weiter gestärkt und ausgebaut werden.

Bislang haben neun Millionen Europäerinnen und Europäer von dem Erasmus+-Programm profitiert, bis 2020 sollen weitere vier Millionen Menschen folgen. Die in dem Fachgespräch aufgeworfenen Aspekte der Sachverständigen bestätigten die Inhalte des Koalitionsantrages. Im Kern ist festzuhalten, dass die berufliche Bildung und der Schulbereich noch besser im Rahmen des Erasmus+-Programms durch verschiedenste Maßnahmen unterstützt werden müssen, um

in diesen Bildungsbereichen die Mobilitäts- und Teilnehmerraten weiter zu erhöhen. Hierzu zählen insbesondere Vereinfachungen in der Verwaltung und in der Zielgruppenansprache sowie bei der Bildung von Partnerschaften. Die SPD-Bundestagsfraktion und ich begrüßen ausdrücklich die Stärkung der beruflichen Bildung – denn nur so kann das auf europäischer Ebene angestrebte Ziel, dass zehn Prozent aller Auszubildenden bis 2020 Auslandserfahrung gesammelt haben sollen, erreicht werden.

Einig waren sich alle Sachverständigen darin, dass im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel das Gesamtbudget der nächsten Programmgeneration von Erasmus+ eindeutig aufgestockt werden muss. In allen Bildungsbereichen des Erasmus+-Programms müssen zum Teil qualitativ gute Anträge abgelehnt werden, da die finanzielle Ausstattung von Erasmus+ nicht die tatsächlichen Bedarfe deckt. Das darf nicht sein! Erasmus+ ist mit einem Budget in Höhe von insgesamt etwa 14,8 Milliarden Euro für 2014-2020 ausgestattet. Um ein Folgeprogramm von Erasmus+ auf dem Niveau von 2020 weiterführen zu können, sei eine Aufstockung des Gesamtbudgets um ca. 40 Prozent erforderlich.

[Pressemitteilung zu „30 Jahre Erasmus+“](#)

[Allgemeine Informationen zu Erasmus+](#)

## Fachgespräch und Ausstellungseröffnung „Meer der Erkenntnis“ zur Meeresforschung



Im Bildungsausschuss stellte am Mittwoch Prof. Dr. Bathmann, Vorsitzender des Konsortiums Deutsche Meeresforschung und Direktor des Leibniz-Instituts für Ostseeforschung in Warnemünde, in einem Fachgespräch die Erfolge und den Stand der deutschen Meeresforschung vor.

In der anschließenden Eröffnung der dazu gehörigen Ausstellung „Meer der Erkenntnis“ im Foyer des Paul-Löbe-Hauses durch Bundestagsvizepräsidentin Dr. h.c. Edelgard Buhlman wurde die Bedeutung der Erforschung der Meere für die Zukunft der Menschheit sowie die faszinierenden Einblicke, welche die Erforschung ermöglicht, hervorgehoben.

Die Ausstellung findet im Rahmen des Wissenschaftsjahres Meere und Ozeane statt und besteht aus Schiffsmodellen der Meeresforschungsflotte Deutschlands sowie wissenschaftlichen Modellen, welche die Forschungsergebnisse und deren Bedeutung für die Weltmeere, Küstenregionen sowie der Menschen, die am und vom Meer leben, vor. Die Ausstellung kann bis zum 19. Mai 2017 besucht werden. Anmelden kann man sich [hier](#).

## Junge Menschen mit Handicap haben eine Lobby - Abend der Berufsbildungswerke



Am Donnerstag lud die [Bundesarbeitsgemeinschaft der Berufsbildungswerke](#) (BAG BBW) zum Parlamentarischen Abend in Berlin. Unter dem diesjährigen Motte „Innovative und marktnahe Ausbildungskonzepte – Die Berufsbildungswerke“ warb der Verband um Aufmerksamkeit für die berufliche Rehabilitation von jungen Menschen mit Behinderung in den Berufsbildungswerken.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft setzt sich in ihrer Arbeit vor allem für die Schaffung und Bereitstellung von Hilfen für junge Menschen mit Lernbehinderungen ein, um ihnen die Integration in den Berufsbildungswerken zu erleichtern und sie in die Lage zu versetzen, aus eigener Kraft einen Berufsabschluss zu erreichen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft braucht mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für ihre Tätigkeit, denn ich finde die Ambitionen von lernbehinderten Menschen, durch Berufsabschlüsse ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, an der Gesellschaft teil zu haben und selbige mitzugestalten, sind sehr unterstützenswert.

## Know-how Transfer der Wirtschaftsjuvenen – Limburger Unternehmerin in Berlin



Esther Stehning, Geschäftsführerin und Gründerin der Atlatos GmbH im Kreis Limburg-Weilburg, begleitete Martin Rabanus im Rahmen des Projektes „Know-how-Transfer“ in Berlin. Die Wirtschaftsjuvenen Deutschland als bundesweit größter Verband junger Unternehmer und Führungskräfte organisieren das Projekt 2017 zum 23. Mal. Ziel ist es, Unternehmern einen Einblick in den Alltag der Parlamentarier zu geben und den Austausch zwischen Wirtschaft und Politik zu fördern. Esther Stehning ist begeistert von dem politischen Austausch: Es ist eine einzigartige Gelegenheit als Limburger Unternehmerin Martin Rabanus zu Terminen, Fraktions-, Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen zu begleiten und das politische Geschehen im Bundestag zu erleben. Dieses Projekt gibt mir Gelegenheit, die Hintergründe und die Komplexität der Entscheidungsprozesse in der Politik besser zu verstehen. Auf der anderen Seite können wir Wirtschaftsjuvenen Optimierungswünsche wie den Bürokratieabbau, die Digitalisierung und den Kampf gegen Altersarmut bei Selbstständigen aktiv ansprechen. Danke an Martin Rabanus für den wertvollen Austausch!

## Adieu Großbritannien: Keine Rosinenpickerei bei den Brexit-Verhandlungen erlauben!



Der Europäische Rat wird am 29. April die Verhandlungsleitlinien zum Austritt Großbritanniens aus der EU festlegen. Die Regierungserklärung der Kanzlerin in dieser Woche galt diesem EU-Ratstreffen. Darin äußerte sie Bedauern über den Ausgang des Referendums am 23.06.2016. Klar ist aber auch: Der Brexit wird für alle Beteiligten negative Auswirkungen haben, für die EU27, aber auch und vor allem für das Vereinigte Königreich selbst. Ein gutes und enges Verhältnis zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich soll fortbestehen, unabhängig davon, für welches Modell der Zusammenarbeit Großbritannien sich entscheidet. Bereits heute steht fest: Je tiefer die wirtschaftliche Integration verbleiben soll, desto mehr Regeln und EU-Standards sind von Großbritannien einzuhalten. Ich bin eindeutig der Meinung, dass Großbritannien keine Rosinenpickerei gestattet wird. Dies würde den Bruch der EU befördern. Es muss klar sein: Wenn ein Land aus der EU austritt, kann es nicht mehr alle Vorteile der Gemeinschaft behalten. Wer die Rechte und Vorteile des Binnenmarktes genießen will, muss auch die Pflichten erfüllen. Die schwierigen Verhandlungen müssen fair geführt werden.

## Innere Sicherheit im Fokus – Beschlüsse stärken Strafverfolgungsbehörden



Innere Sicherheit, ein ursozialdemokratisches Thema: Einen schwachen Staat können sich nur die Reichen leisten. Wir wollen einen starken Staat, der den Schutzanspruch für alle Bürgerinnen und Bürger durchsetzt.

Nicht erst der furchtbare, islamistisch motivierte Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz hat das Bedürfnis nach mehr Sicherheit steigen lassen. Wohnungseinbrüche bei Tag und abstoßende Gewalt im Alltag haben in der breiten Bevölkerung das Gefühl wachsen lassen, in ihrem Lebensumfeld nicht mehr sicher zu sein. In den zurückliegenden Monaten hat der Deutsche Bundestag die gesetzlichen Grundlagen und Sicherheitsstrukturen deshalb bereits spürbar verbessert und auf Druck der SPD mehr Stellen bei Bundespolizei und Sicherheitsbehörden geschaffen. In dieser Woche haben wir mit gleich drei Gesetzen für mehr Sicherheit noch einmal nachgelegt:

### **1. Neustrukturierung des Bundeskriminalamtgesetzes**

Mit dem BKA-Gesetz wird die rechtliche Grundlage von Erhebung, Verarbeitung, Speicherung und dem Austausch von Daten

durch das Bundeskriminalamt neu gefasst. Ziel ist, den Informationsaustausch zwischen den Polizeibehörden zu verbessern und das Bundeskriminalamt sowie Europol als Zentralstellen zu positionieren. Darüber hinaus erhält das Bundeskriminalamt neue Eingriffsbefugnisse, etwa die Ermächtigung zur Verhängung von Aufenthalts- und Kontaktverboten und zum präventiven Einsatz der elektronischen Fußfessel.

### **2. Ausweitung des Maßregelrechts bei extremistischen Straftätern**

Gefährder und extremistische Straftäter müssen deutlich stärker überwacht werden. Deshalb soll die elektronische Fußfessel in Zukunft häufiger zum Einsatz kommen: Erstens wird der Straftatenkatalog erweitert, durch den eine Fußfessel angeordnet werden kann. Jemand, der wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat oder Beteiligung an einer Terrorismusfinanzierung verurteilt wurde, kann künftig nach der Haft durch eine Fußfessel überwacht werden. Zweitens wird die erforderliche Mindeststrafe, ab der eine Fußfessel angeordnet werden kann, von drei auf zwei Jahre herabgesetzt.

### **3. Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten**

Unter schwierigsten Bedingungen leisten Polizistinnen und Polizisten gute Arbeit und einen tollen Job, gerade auch in Hessen.

Dafür gebührt ihnen unser aller Wertschätzung: Sie verdienen Solidarität und Unterstützung, mehr gesellschaftliche Anerkennung – vor allem aber mehr Schutz im Einsatz.

Dazu gehört, dass wir Straftaten gegen Vollstreckungsbeamte besonders hart ahnden. Mit dem in dieser Woche verabschiedeten Gesetz zur Stärkung des Schutzes von Polizei und Rettungskräften werden tätliche Angriffe auf Polizeibeamte mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren künftig erheblich härter sanktioniert als bisher. Nur wenn wir alle zur Verfügung stehenden Instrumente kombinieren, können wir Gefahren effektiv abwehren. Das bedeutet: Wir müssen unsere Sicherheitsgesetze konsequent anwenden, gleichzeitig Polizei, Justiz und Nachrichtendienste personell stärken und insbesondere die Präventionsarbeit zur Vorbeugung von Straftaten intensivieren.

In unserem [Positionspapier](#) Öffentliche Sicherheit und Prävention schlagen wir konkrete Maßnahmen vor, um die politische Bildung, die Präventionsarbeit vor Ort in den Kommunen sowie im Netz gezielt zu stärken. Erst im konzertierten Zusammenspiel von Prävention, gesellschaftlichem Zusammenhalt und der Arbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften und Justiz kann ein höheres Maß an Sicherheit in unserem Land entstehen.

## Kita-Ausbau: Investition in die Zukunft Deutschlands



Gute Kinderbetreuung ist gleich in vielerlei Hinsicht eine Frage der Gerechtigkeit: Sie verbessert nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern auch die Bildungschancen unserer Kinder. Deswegen werden wir die Länder bis 2020 erneut mit 1,1 Milliarden Euro unterstützen: Für 100.000 zusätzliche Kita-Plätze und für eine bessere Betreuung.

Das Engagement des Bundes beim Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren ist ein beispielloser Kraftakt und eine großartige sozialdemokratische Erfolgsgeschichte. Zur Erinnerung: Als unsere Familienministerin Renate Schmidt im Jahr 2004 das „Tagesbetreuungsausbaugesetz“ vorgelegt hat, gab es für Kinder unter drei Jahren bundesweit insgesamt 60.000 Betreuungsplätze – die meisten davon in Ostdeutschland. Seitdem hat sich viel getan, der Bund hat massiv in den Ausbau und die Qualität in der Kindertagesbetreuung investiert:

- Im Rahmen dreier Investitionsprogramme „Kinderbetreuungsfinanzierung“ stellte der Bund bislang insgesamt 3,3 Milliarden Euro für den Kita-Ausbau zur Verfügung.

- Darüber hinaus wurden den Ländern durch den Wegfall des Betreuungsgeldes freigewordene Mittel von rund 2 Milliarden Euro von 2016 bis 2018 für die Förderung der Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt.
- Der Bund beteiligt sich seit 2015 mit jährlich 845 Millionen Euro an den Betriebskosten, in den Jahren 2017 sowie 2018 erhöht er diese Unterstützung jeweils noch einmal um 100 Millionen Euro.

Die gemeinsamen Anstrengungen von Bund, Länder und Kommunen beim Ausbau der Kindertagesbetreuung greifen, das Ergebnis kann sich sehen lassen: Die Zahl der Kita-Plätze konnte bundesweit auf über 720.000 gesteigert werden – jedes dritte Kind unter drei Jahren wird mittlerweile betreut.

Trotzdem muss der Ausbau weitergehen, um flächendeckend den Elternwünschen zur Betreuung ihrer Kinder nachzukommen. Denn der Bedarf steigt. Das liegt zum einen daran, dass sich immer mehr Familien qualitativ gute Angebote der Kindertagesbetreuung wünschen. Zum anderen wächst der Bedarf auch aufgrund steigender Geburtenraten.

Deshalb hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche beschlossen, bis zum Jahr 2020 weitere 100.000 Kitaplätze zu schaffen und dafür noch einmal 1,126 Mrd. Euro in die Hand zu nehmen. Mit dem nunmehr vierten Investitionsprogramm zeigen wir eindrucksvoll, dass die frühkindliche Bildung weiterhin zu den obersten Prioritäten sozialdemokratischer Politik gehört: Nie zuvor hat der Bund so viel Geld für den Kitausbau bereitgestellt.

## Licht und Schatten beim Armuts- und Reichtumsbericht



Der 5. [Armuts- und Reichtumsbericht](#), "Lebenslagen in Deutschland", den das Bundeskabinett am 12. April 2017 beschlossen hat, wird alle vier Jahre erstellt. Er zeigt Positives auf, belegt aber auch, dass die weitere Stärkung von sozialem Zusammenhalt und Leistungsgerechtigkeit auch zukünftig notwendig ist.

### Positiv:

Ökonomische Stabilität und kontinuierliches Wirtschaftswachstum haben zur höchsten Beschäftigtenzahl und niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der deutschen Einheit beigetragen. Seit 2006 hat sich die Anzahl der Beschäftigten um sechs Millionen Personen erhöht, die Zahl der Arbeitslosen halbiert und die Jugendarbeitslosigkeit ist um rund 60 Prozent gesunken. Erstmals seit dem Jahr 1993 ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen unter eine Million gesunken. Die Reallöhne sind, vor allem für Geringqualifizierte, spürbar gestiegen. Bestehende Ungleichheiten bei der Verteilung des Einkommens in Deutschland wurde durch Steuern und Transfers erheblich abgemildert.

### Negativ:



Der Bericht zeigt, dass die reichsten 10 Prozent der Haushalte mehr als die Hälfte des gesamten Netto-Vermögens und die untere Hälfte nur 1 Prozent besitzen. Trotz wirtschaftlichen Aufschwungs haben die unteren 40 Prozent der Beschäftigten 2015 real weniger verdient als Mitte der 90er Jahre. Mit dem Mindestlohn haben wir erreicht, dass die Schere sich etwas schließt. Weitere Fortschritte erhoffen wir uns von unseren Vorstößen bei der Eindämmung der Leiharbeit und Werkverträgen. Wir wollen aber mehr.

Hauptgrund für Abwärtsentwicklungen bei den Löhnen ist vor allem die abnehmenden Tarifbindung. Deshalb haben wir die Tarifautonomie in dieser Wahlperiode durch mehrere Gesetze gestärkt. Ein Kernanliegen bleibt weiterhin die Eindämmung des Niedriglohnssektors und der ausufernden Befristungen. Wir setzen uns, im Handel, in der Pflege oder bei anderen Dienstleistungen, für einen Pakt für anständige Löhne ein. Denn vor allem im Dienstleistungsbereich stagnieren die Löhne seit 1995, hier gibt es statt Reallohnsteigerungen sogar ein Minus. Der Kampf gegen Armut ist wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mindestlohn, bessere Familie/Berufvereinbarkeit, gestärkte Tarifautonomie und Bekämpfung von Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen sind dafür wichtige Schritte. Weitere Punkte sind die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit, Verhinderung von Armut im Alter, Altersabsicherung Selbstständiger und angemessene Besteuerung von Kapitaleinkünften und eine sinnvolle Reform der Erbschaftssteuer.

## Datenschutzgrundverordnung schafft einheitlichen Datenschutz in der EU



Am Donnerstag wurde das Gesetz zur nationalen Umsetzung der EU-Datenschutz-Grundverordnung abschließend beraten. Ziel der Grundverordnung ist es, das Recht auf Datenschutz in den Mitgliedstaaten der EU einheitlich an das digitale Zeitalter anzupassen. Die Souveränität und Entscheidungsfreiheit jedes Einzelnen, über persönlichen Informationen selbst zu entscheiden, soll gestärkt werden. Und wer fremde Daten nutzen will, hat dies künftig transparenter offenzulegen. Nach jetzigem Stand kann man sagen, dass das Internet nichts vergisst, was jemals eingespeist wurde. Diesen Punkt greift die Datenschutzgrundverordnung ebenfalls auf. Demnach soll das Recht der Betroffenen auf Löschung ihrer Daten deutlich gestärkt werden. Mit dem neu eingeführten sogenannten Marktortprinzip soll zudem sichergestellt werden, dass alle Anbieter von Waren oder Dienstleistungen das EU-Datenschutzrecht einhalten müssen – und zwar unabhängig davon, wo der Server mit den Daten steht. Dies wird dazu führen, dass auch viele US-Unternehmen sich dann an das europäische Datenschutzrecht halten müssen.

## Verwendung von Fluggastdaten zur Terrorabwehr europäisch regeln



In dieser Woche wurde erstmals über die Umsetzung der EU-Richtlinie über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten) zur Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität beraten. Fluggastdaten sollen künftig von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten überprüft und unter engen Voraussetzungen ausgetauscht werden können. Die EU-Richtlinie sieht hierbei eine verpflichtende Übermittlung von Fluggastdaten durch Luftfahrtunternehmen für Flüge vor, die von Staaten der Europäischen Union aus in einen Drittstaat oder von einem Drittstaat aus in die Europäischen Union starten. Sie räumt den EU-Mitgliedstaaten zudem die Möglichkeit ein, auch Flüge zwischen den Mitgliedstaaten sowie Datenübermittlungen durch andere Wirtschaftsteilnehmer, die zwar keine Beförderungsunternehmen sind, aber Reisedienstleistungen, wie Flugbuchungen, erbringen, einzubeziehen. Von dieser Möglichkeit soll im Gesetzentwurf ebenfalls Gebrauch gemacht werden. Der Gesetzentwurf enthält auch Vorgaben zur Verarbeitung von Fluggastdaten sowie zum Datenschutz und zur Datensicherheit.

## In aller unser Interesse: Verbesserungen beim Strahlenschutzgesetz erzielt



Diese Woche haben wir abschließend den Regierungsentwurf eines Strahlenschutzgesetzes beraten. Das Strahlenschutzrecht hat weitreichende Bedeutung für die menschliche Gesundheit: Daher soll mit dem modernisierten und ausgeweiteten Regelwerk eine verlässliche Grundlage für einen umfassenden Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor ionisierender Strahlung erreicht werden. Beim radiologischen Notfallschutz soll beispielsweise ein modernes Managementsystem von Bund und Ländern geschaffen werden, mit dem eine Vielzahl von Notfallszenarien abgedeckt werden können – einschließlich schwerer Unfälle in Atomkraftwerken.

Aus Anlass der Umsetzung einer EU-Richtlinie wurden nun erstmals alle Bereiche, welche vor ionisierender Strahlung schützen sollen (Strahlenschutzverordnung und Röntgenverordnung), systematisch in einem Gesetz zusammengeführt. Alle Regelungen wurden vereinfacht, an den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisstand angepasst und die Anwendungsbereiche des Strahlenschutzrechts erweitert.

## Bundestag beschließt Verschleierungsverbot für Beamtinnen und Beamte



Für die Funktionsfähigkeit der Verwaltung und für das Selbstverständnis des demokratischen Rechtsstaats ist eine vertrauensvolle Kommunikation grundlegend. Bürgerinnen und Bürger sollen Amtspersonen im Kontakt mit der öffentlichen Verwaltung erkennen können. Das diese Woche beratenes Gesetz betrifft Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte, Soldatinnen und Soldaten sowie Bundesrichterrinnen und Bundesrichter, aber auch Richterinnen und Richter im Landesdienst. Es betrifft zudem Wahlvorstände und Wahlhelfer sowie Personen, die ihre Identität nachweisen müssen. Sie sollen verpflichtet werden, ihr Gesicht bei Ausübung während ihrer Arbeitszeit oder bei Tätigkeiten mit unmittelbarem Dienstbezug nicht zu verhüllen. Ausnahmen sollen nur zu gesundheitlichen oder dienstlichen Zwecken wie beispielsweise zum Infektionsschutz oder zum Eigenschutz möglich sein. Auch sieht das Gesetz eine Änderung des Personalausweisgesetzes vor: Danach erfolgt die Identifizierung einer ihren Ausweis vorlegenden Person durch einen Abgleich des Lichtbilds mit ihrem Gesicht – und zwar ohne Verhüllung. Bevor diese neue Regelung in Kraft treten kann, muss das Gesetz noch vom Bundesrat gebilligt werden.

## Pressemitteilungen

25.04.2017 – [Rechtzeitig Vorsorge treffen und selbstbestimmt bleiben](#)

25.04.2017 – [Internationaler Tag des Lärms: Mitmachen beim Lärmaktionsplan des Eisenbahnbundesamtes](#)

26.04.2017 – [Erasmus+ stärken – um „von und mit Europa“ zu lernen](#)

27.04.2017 - [Ein Blick hinter die Kulissen der Politik – Unternehmerin aus Limburg begleitet Martin Rabanus im Bundestag](#)

## Termine

1. Mai 2017, 10.00 Uhr

*1. Mai-Feier DGB Limburg, Kauflandgelände Limburg*

1. Mai 2017, 13.00 Uhr

Grillfest der SPD Idstein-Ost, Willi-Mohr-Halle, Idstein

1. Mai 2017, 15.30 Uhr

Grillfest der SPD Walluf, Weinfass am Rhein, Walluf

2. Mai 2017, 18.30 Uhr

SPD Unterbezirksvorstand

4. Mai 2017, 09.00 Uhr

Gespräch mit Schulleitung Taunusschule, Bad Camberg

4. Mai 2017, 13.00 Uhr

*Ausstellung „Rheingauer Jugend für Afrika“ im Hessischen Landtag, Wiesbaden*

4. Mai 2017, 14.30 Uhr

Neumitgliedertreffen der SPD Rheingau Taunus, Hessischer Landtag, Wiesbaden

5. Mai 2017, 12.00 Uhr

Frühlingsfest agn/smp, Wiesbaden

*- Kursive Termine sind öffentlich -*